

Textliche Festsetzungen des Bebauungsplanes

- In dem mit Fußnote 1) gekennzeichneten Baugebieten ist jeweils das höchstzulässige Geschoss nur im ausgebauten Dachgeschoss zulässig.
- Die dem Wohngarten zugewandten Baugrenzen oder Baulinien dürfen als Ausnahme für eingeschossige Anbauten, wie Wintergärten, überdachte Freisitze und Anbauten auf 3/5 der Gebäudehöhe, bis zu einer Tiefe von 1,50 m überschritten werden, wenn die Geschosshöhe und Grundflächenzahl eingehalten werden.
- Auf der Erschließungsseite im Bereich des Hauseinganges darf zur Bildung eines Windfangs die Baulinie oder Baugrenze für eingeschossige Anbauten in einer Fläche von 20 qm überschritten werden, wenn die Geschosshöhe und Grundflächenzahl eingehalten werden.
- Die Überschreitung der zulässigen Geschosshöhe und Grundflächenzahl um 50 v.H. ist bei Gebäuden mit Reihenhäusern als Ausnahme zulässig, wenn die Geschosshöhe und Grundflächenzahl dem nicht entgegen stehen und die Abstandsflächen eingehalten werden.
- Die Oberkante des fertigen Erdgeschossfußbodens der Wohngebäude darf nicht höher als die Oberkante des Fahrbahns der Erschließungsstraße im Bereich des Grundstückes liegen.
- Nebenanlagen sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Das gilt auch für die unter 2) und 3) genannten Bauteile, Garagen, Carports, Terrassen, Loggien, Balkone, etc. bis zu 3,50 m die Baugrenze überschreiten und an den Giebelseiten außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche errichtet werden. Auf der Gartenseite (Rückseite) sind sie auch ausnahmsweise nicht zulässig.
- Für Nebenanlagen (eine Nebenanlage pro Grundstück) sind Naturbaustoffe, wie Holz bzw. Stein zu verwenden. Nebenanlagen sowie Garagen und Carports aus Metall und Plastik sind unzulässig. Nebenanlagen sind Baumhöhe von 18 m und einem Grundflächenverhältnis von 1:1 zulässig. Die Firsthöhe der Nebengebäude ist max. 3,0 m über Gelände nicht zu überschreiten.
- Für die Dacheindeckung der Gebäude dürfen nur Dachziegel oder Dachsteine verwendet werden.
- Flachdächer sind für den Nebenbaukörper zulässig.
- Die Außenwände aller Wohngebäude sind in Kratz- oder Strichputz auszuführen. Bei Verwendung von Sichtmauerwerk sind Vor- und Rückmauerwerk zu verwenden. Ausnahmen für besondere Bauteile sowie für Teilflächen bis zu 20 % der nach Abzug der Öffnungen verbleibenden Außenwandflächen sind zulässig.
- Bei Doppel- oder Reihenhäusern sind für alle Außenwände der einzelnen Hauseinheiten die gleichen Außenwandmaterialien in Farbe und Struktur anzuwenden.
- Abweichungen von den Festsetzungen sind ausnahmsweise zulässig, wenn diese das allgemeine Gestaltungsziel nicht beeinträchtigen.
- Drempel sind bis zu einer Höhe von 1,0 m zugelassen. Die Höhe wird gemessen von der Oberkante fertiger Dachgeschossfußböden bis zum Anschnitt der Außenkante der Außenwand mit der Oberkante des Dachsparsens.

Planzeichenerklärung

Bestand

- Bestehende Bebauung
- Erhaltungswürdiger Baubestand

Art der baulichen Nutzung

- WA Allgemeine Wohngebiete

Maß der baulichen Nutzung

- 1) Geschosshöhe
- 0,4 Grundflächenzahl
- II Zahl der Vollgeschosse (als Höchstgrenze)

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

- o Offene Bauweise
- Nur Einzelhäuser zulässig
- Nur Doppelhäuser zulässig
- Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- Nur Hausgruppen zulässig
- 9 Geschlossene Bauweise

Verkehrsflächen

- P Öffentliche Parkfläche
- F Fußgängerbereich

Grünflächen

- Ö Öffentliche Grünfläche
- P Private Grünfläche

Sonstige Planzeichen

- SI Anpflanzungen von Sträuern
- GSi Anpflanzungen von Büumen
- Ga Garage/Car-ports
- SD Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
- WD Satteldach
- 45° Walmdach
- 45° Dachneigung

E N T W U R F

VERFASSER
 ARCHITEKTURBÜRO
 DR. SCHLICHT
 O-1800 BRANDENBURG - TEL.: 52 42 87

EMBEITELT:
 JAHRE 1952; UMSCHRIEB 1931

VERGRÖßERT IN 1:1000 UNTER
 BEWARTUNG DER VEREINIGTEN
 VERGLEICH 1949

VERMESSUNGSSTELLE BRANDENBURG
 VERMESSUNGSSTELLE RATHENOW
 F-NR.: 06/92
 BLATT-NR.: 3

Der katastermäßige Bestand am ... sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt. ...

(Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift)
 Der Leiter des Katastramtes

Die Stadtverordnetenversammlung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am ... geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

(Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift)
 Der Bürgermeister

Die Entwürfe des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie der Begründung haben in der Zeit vom ... bis zum ... während folgender Sitzungen ...

(Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift)
 Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan ist gemäß § 11 BauGB mit Verfügung vom ... genehmigt worden.

(Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift)
 Höhere Verwaltungsbehörde

Träger der Planung berührten öffentliche Belange sind mit Schreiben vom 11.6.92 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

(Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift)
 Der Bürgermeister

Die Stadtverordnetenversammlung hat am ... den Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

(Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift)
 Der Bürgermeister

Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. Abs. 3 BauZO beteiligt worden.

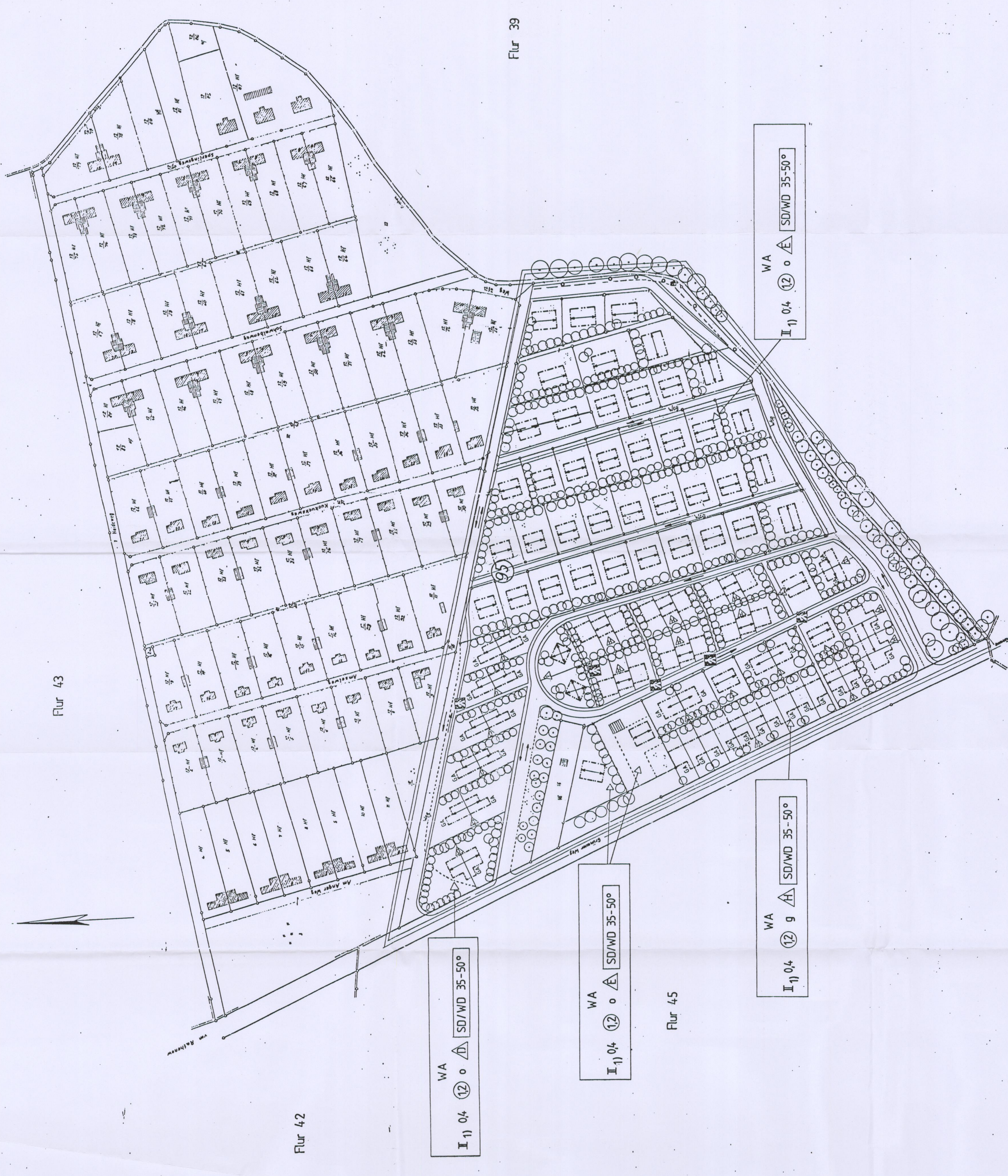
(Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift)
 Der Bürgermeister

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist am ... durchgeführt worden.

(Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift)
 Der Bürgermeister

Stellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 22.5.91. die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Abdruck in der Zeitung am 2.12.91 erfolgt.

(Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift)
 Der Bürgermeister



Flur 43

Flur 42

Flur 45

Jahresvermerke

- Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. Abs. 3 BauZO beteiligt worden.
- Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist am ... durchgeführt worden.
- Stellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 22.5.91. die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Abdruck in der Zeitung am 2.12.91 erfolgt.

(Ort, Datum, Siegelabdruck) (Unterschrift)
 Der Bürgermeister